

Taiwans Opposition auf Chinareise – Entspannung in Sicht?

Hans-Wilm Schütte

Einleitung

Beide taiwanischen Oppositionsführer auf Chinareise, beide – wenn auch je für sich – im Gespräch mit dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh): brach Ende April, Anfang Mai eine Ära der Entspannung im chinesisch-taiwanischen Verhältnis, ein Tauwetter nach jahrzehntelanger Eiszeit an? Das Doppelereignis, hinten in diesem Heft im Ablauf vorgestellt (s. Dokumentation 4), beherrschte in China und Taiwan die Medien und wurde auch international kommentiert. Es schien die Wahrnehmung Chinas als eines gewaltbereiten Giganten, die sich im März bei der Verabschiedung des Antisepzessionsgesetzes verbreitet hatte, zu konterkarieren. Wie aber nahmen Taiwans Regierung und die taiwanische Öffentlichkeit die Entwicklungen wahr, und wie reagierten sie? Ergeben sich aus den Besuchen längerfristige Perspektiven?

Zustandekommen der Besuche

Vorgeschichte

Am Anfang steht allerdings die Frage, wie diese Besuche überhaupt zustande kamen, warum sie jetzt erfolgten – und nicht schon, beispielsweise, vor den letzten Präsidentschafts- oder Parlamentswahlen – und wer damit welche Intentionen verfolgte.

Kontakte zwischen der Kuomintang (KMT) und der KP Chinas bzw. Beijinger Regierungsstellen bestanden schon seit einigen Jahren. Vor allem zu Beginn der ersten Amtszeit von Präsident Chen Shui-bian hatte es zahlreiche Besuche namhafter KMT-Politiker in Beijing gegeben. Im November 2002 war auf Initiative des KMT-Parlamentariers John Chang (Zhang Xiaoyan), der deswegen nach Beijing gereist war, die erste Runde von Direktflügen zwischen Shanghai und Taipei zum chinesischen Neujahrsfest 2003 zustande gekommen (vgl. C.a., 2003/1, Ü 37).

Die neuerliche Kontaktanbahnung begann daher keineswegs bei Null. Von wem letztlich die Initiative zu dem Besuch ausging, ist nicht völlig klar. Bereits am 21. Februar hatte die VR-chinesische Nachrichtenagentur Zhongguo Xinwen Wang jedoch gemeldet, Lian Chan plane einen Besuch auf dem chinesischen Festland

(chinanews.com 2005); diese Meldung wurde mehrfach im Internet verbreitet (siehe z.B. Ai Ya 2005), fand in der taiwanischen Presse seltsamerweise aber keine Beachtung. Dafür, dass Lien Chan tatsächlich die treibende Kraft war, spricht auch, was in der Nachricht als Hintergrund genannt wird: Lien wolle die derzeit relativ günstige Lage ausnutzen – soeben hatte es zum zweiten Mal und in erweitertem Maße direkte Charterflüge Taiwan-China gegeben – und er möchte eine solche Reise vor seinem Ausscheiden als KMT-Vorsitzender unternehmen.

Vorbereitende Reise Chiang Pin-kuns

Eine Woche später gab dann Lien Chan tatsächlich einen Chinareiseplan bekannt, jedoch nicht seinen eigenen: Sein Stellvertreter Chiang Pin-kun (Jiang Bingkun) werde im März als Repräsentant der KMT mit einer Delegation nach Nanjing und Kanton (Guangzhou) fahren, um dem Republikgründer Sun Yatsen anlässlich der 80. Wiederkehr von dessen Todestag Reverenz zu erweisen. Der Besuch solle, so Lien, zur Verbesserung der Beziehungen zum Festland dienen und sei „historisch“ (TT, 28.2.05).

Chiang Pin-kuns Reise erfolgte dann vom 28. März bis 1. April und führte zu politischen Gesprächen auch nach Beijing (ST, 29.3.05; Xinhua, nach BBC PF, CNAT, nach BBC PF, 1.4.05). Damit wurden erstmals seit 56 Jahren wieder offizielle Kontakte zwischen der KMT und der KPCh geknüpft. Die Reise endete mit einer Zehn-Punkte-Vereinbarung, die vor allem allgemein gehaltene Zusagen und Absichtserklärungen von Seiten der Beijinger Regierung enthält:

1. Beide Seiten streben direkte Charterflüge zu chinesischen Feiertagen an.
2. Die chinesische Regierung vereinfacht Zollformalitäten für Einfuhren aus Taiwan.
3. China bietet Zusammenarbeit zum Nutzen taiwanischer Landwirte an.
4. China ist bereit, ein Abkommen zum Schutz taiwanischer Investitionen zu unterzeichnen.
5. China ist bereit, seine Bürger als Touristen nach Taiwan reisen zu lassen.
6. China möchte taiwanischen Unternehmen aus den Bereichen Finanzen und Versicherungen, Transport

und Medizin erlauben, in China Geschäfte zu machen.

7. Beide Seiten möchten den Austausch bei der Berichterstattung fördern.
8. China wird sich um beiderseitige Zusammenarbeit in Sachen Fischerei bemühen.
9. Beide Seiten sind bereit, die Zusammenarbeit zwischen Regionalregierungen zu fördern.
10. China wird versuchen, Studenten aus Taiwan hinsichtlich Studiengebühren und Stipendien die gleichen Konditionen wie einheimischen zu gewähren (RMRB, nach BBC EF, 31.3.05; TT, 1.4.05).

Die Reise der KMT-Delegation stieß in Taiwan auf heftige Kritik angesichts der Tatsache, dass in Beijing gerade erst das Antisessionsgesetz verabschiedet worden war. Die Reise sei ein „Schlag ins Gesicht“ für Taiwan, wie es ein Kommentator der *Taipei Times* stellvertretend für viele formulierte (TT, 2.4.05). Lien Chan hielt dagegen, die KMT versuche, die herrschende DPP aus dem Dilemma zu befreien, in das diese sich mit ihrer Chinapolitik selbst hineinmanövriert habe (CNAT, nach BBC PF, 31.3.05).

Die Einladungen

Chiang Pin-kun brachte von der Reise eine Einladung an Lien Chan mit, ausgesprochen im Auftrage von Präsident Hu Jintao „in seiner Eigenschaft als Generalsekretär des Zentralkomitees der KPCh“ (TT, 2.4.05) – die Kontakte sollten mit Rücksicht auf die taiwanische Rechtslage (siehe unten) von vornherein als solche zwischen zwei politischen Parteien und nicht zwischen einer Partei und einem Staat erscheinen. Lien nahm die Einladung sogleich an. Unklar war zunächst, wann die Reise stattfinden sollte (CNAT, nach BBC PF, 1.4.05). Der tatsächliche Termin Ende April kristallisierte sich im Zuge von vorbereitenden Treffen zwischen Unterhändlern beider Seiten um die Monatsmitte heraus. Um den 20. April wurde bekannt, dass Lien Taiwan am 26. April verlassen, am 29. April Parteichef Hu Jintao treffen und am 3. Mai zurückkehren würde (SCMP, 20.4.05).

Noch während der Reise Chiang Pin-kuns – eventuell noch davor – hatte man in Beijing offenbar beschlossen, die Entwicklung für eine massive taiwanpolitische Initiative zu nutzen und nicht mehr nur die KMT, sondern auch die kleinere PFP als Träger der Ein-China-Idee zu Ehren kommen zu lassen. Also erhielt zeitgleich mit der Einladung an Lien auch der PFP-Vorsitzende James Soong (Song Chuyu) die Nachricht, sein Besuch auf dem Festland sei jederzeit willkommen (ZXS, nach BBC PF, 1.4.05).

Innenpolitische Motive der Opposition

Dass es Lien Chan darum ging, die Regierung chinapolitisch in die Enge zu treiben – auch wenn er ihr angeblich aus einem Dilemma helfen wollte – ist offensichtlich.

Warum er solche oder ähnliche offizielle Kontakte zwischen der KMT und der KP nicht schon vor den Parlamentswahlen vom letzten Dezember (oder noch besser: vor den Präsidentschaftswahlen im März 2004) angestrebt hat, ist nicht ganz klar, denn in Beijing wäre eine solche Initiative wohl auch damals schon willkommen gewesen. Möglicherweise war sich Lien nicht sicher, ob die Wähler ein solches Verhalten honorieren würden. Jetzt standen wieder Wahlen an, nämlich die zur Nationalversammlung (siehe Dokumentation „Wahlen zur Nationalversammlung...“ hinten in diesem Heft), da war das Risiko gering, aber die Chancen, die Regierungspartei in den Schatten zu stellen, schienen verlockend.

Im Februar, als Lien offenbar über Mittelsmänner bereits in Beijing seinen Reisewunsch avisiert hatte, war der Wahltermin vom Mai allerdings noch fern. Im Vordergrund stand etwas anderes: Das drohende Bündnis James Soongs mit dem Präsidenten bzw. die teilweise Einbindung der Schwesterpartei PFP in die Regierungspolitik und damit ein mindestens fallweiser Verlust der parlamentarischen Mehrheit, deren sich das „blaue“ Lager aus KMT und PFP im Legislativ Yuan erfreut. Zur Erinnerung: Am 2. Februar hatte James Soong angekündigt, Präsident Chen Shui-bian persönlich treffen zu wollen; das Gespräch selbst folgte dann am 24. Februar. Zuvor bereits hatte es auch Absprachen zwischen Ministerpräsident Frank Hsieh (Xie Changting) und PFP-Parlamentariern gegeben (vgl. C.a., 2/2005, Dok 46). Dank der schon über lange Zeit relativ stetigen und wohl auch recht guten Kontakte der KMT zu ranghohen Stellen in Beijing bot sich nun an, in jener Phase vorsichtiger Entspannung, wie sie um das chinesische Neujahrsfest herrschte, eine neue, kräftige chinapolitische Initiative zu entfalten und damit gleichzeitig die Regierung wie auch die unsicheren Kantonisten von der PFP in Bedrängnis zu bringen.

Dass es mit der Annäherung der PFP an die Regierung nicht weit her sein würde, war damals, um den 20. Februar, nicht unbedingt abzusehen, ebenso wenig, dass James Soong schließlich in Lien Chans Kielwasser würde segeln können.

Es gibt allerdings noch einen weiteren Aspekt: Mit ihrer lang anhaltenden Opposition gegen die von Experten auch ihrer eigenen Parteien geforderten Rüstungskäufe drohen sich die Oppositionsparteien in eine Glaubwürdigkeitsfalle zu manövrieren. Zwar ist der riesige Sonderetat, den die Regierung immer noch nicht durch die Legislative hat bringen können, alles andere als populär (vgl. C.a., 2004/6, Ü 31, 2004/9, Ü 33), aber die Opposition kann sich auch nicht leisten, den Eindruck zu erwecken, sie würde das Land leichtfertig dem Gegner ausliefern. Würde sie dem Etat nun aber doch zustimmen, wäre nicht erklärlich, warum sie seit einem Jahr dagegen ankämpft. Eine neue Friedensinitiative würde dagegen die anhaltende Obstruktion nachträglich legitimieren können und schon aus dem Grund in der Bevölkerung auf Zustimmung stoßen.

Die Frage ist, wie stark bei Lien Chan noch ein persönliches Motiv mit hineinspielte: Immerhin ist er Präsident Chen bei den letzten zwei Präsidentschaftswahlen

unterlegen, und das Ergebnis der letzten hat er praktisch immer noch nicht anerkannt. Seine Ambitionen, vom Führer der größten und ältesten Partei der „Republik China“ einmal zum Führer des Landes aufzusteigen, werden sich für den bald 78-Jährigen nicht mehr erfüllen. Jetzt konnte er zeigen, dass er doch dazu taugte, und seinem Rivalen gehörig die Schau stehlen, mehr noch: Er konnte hoffen, mit seinem Besuch chinesische Geschichte zu schreiben.

Der chinapolitische Aspekt

Weswegen chinapolitische Initiativen für Taiwan richtig und wichtig sind, bedarf kaum einer Erläuterung. Wirtschaftliche und sicherheitspolitische stehen oben an. Gesprächsstoff gibt es auch darüber hinaus reichlich. Der halbformale Dialog liegt allerdings seit 1999 danieder. Beijing macht für eine Wiederaufnahme zur Voraussetzung, dass Taibei die Ein-China-Doktrin anerkenne, aber Taibei möchte allenfalls darüber diskutieren, jedenfalls nicht einer Doktrin zustimmen, ohne dass zuvor geklärt wäre, was sie konkret bedeutet. So blieb es also über Jahre beim Nichtdialog.

Der Opposition fällt die Zustimmung leichter, da sie an einer wie auch immer gearteten chinesischen Identität Taiwans festhält und eine unabhängige „Republik Taiwan“ nicht anstrebt – im Prinzip jedenfalls nicht. Im Wahlkampf waren dazu auch schon mal andere Töne zu hören (vgl. C.a., 2003/12, Ü 35). Da also die Oppositionsparteien (nicht als Wiedervereiniger, sondern als Unabhängigkeitsgegner) der KPCh als Gesprächspartner genehm sind (vgl. den folgenden Abschnitt), bot es sich gewissermaßen an, diese Möglichkeit für eine chinapolitische Initiative zu nutzen. Zum Ersten könnte dadurch ein neuer Dialogmechanismus in Gang gesetzt werden, zum Zweiten könnten für Taiwan praktische Erleichterungen erzielt werden (siehe die oben genannte Zehn-Punkte-Vereinbarung) und zum Dritten konnte durch einen medienwirksamen Auftritt auf dem Festland auch daheim das Chinabewusstsein gestärkt werden. Alles dies würde zur Entspannung des Verhältnisses beitragen und damit weitere Entspannungsbemühungen erleichtern.

Von besonderer Bedeutung wären hier vertrauensbildende Maßnahmen in Sachen Rüstung und Sicherheitspolitik. Tatsächlich zählten diese zu den Gesprächsthemen in Beijing, und so wurde die Einrichtung eines solchen vertrauensbildenden Sicherheitsmechanismus auch als Ziel gemeinsamer Bemühungen in einem von der KMT und der KPCh herausgegebenen gemeinsamen Kommuniqué erwähnt (DGB, nach BBC PF, 30.4.05).

Motive auf VR-chinesischer Seite

Dass Beijing jeden taiwanischen Politiker zu Gesprächen willkommen heiße, der die Ein-China-Doktrin unterstütze, war in den letzten Jahren wiederholt erklärt worden. Die Besuche Chiang Pin-kuns, Lien Chans und James Soongs samt ihrer jeweiligen Entourage sowie

die Anknüpfung offizieller Kontakte zwischen der KPCh und Taiwans Oppositionsparteien bestätigt insofern nur die bisherige chinesische Taiwanpolitik. Auch diese Erkenntnis spricht für die oben bereits dargelegte These, dass der Schlüssel zu der neuen Entwicklung bei der KMT zu suchen ist, während Soong und seine PFP lediglich indirekt davon profitierten.

Das innenpolitische Interesse Beijings an den Reisen war klar: eine wunderbare, publikumswirksame Bestätigung der seit Jahrzehnten verfolgten Linie: Taiwaner sind Chinesen wie wir alle, und die politischen Führer Taiwans – von den üblen „Separatisten“ mal abgesehen – sehen das genau wie wir, ergo vertreten wir die wahren Interessen der taiwanischen Landsleute.

Das außen- bzw. taiwanpolitische Interesse bedarf ebenfalls keiner Erläuterung: Endlich war die Gelegenheit da, die Kluft zwischen den politischen Lagern in Taibei zu eigenen Gunsten zu vertiefen, die „Separatisten“ zu isolieren und der Opposition im Rahmen des Möglichen und politisch Opportunen zu einem Erfolg zu verhelfen – daher die oben genannte Zehn-Punkte-Vereinbarung.

Dass sich dazu nicht schon vor den entscheidenden Wahlen des vergangenen Jahres Gelegenheit ergeben hatte, war aus Beijinger Sicht natürlich Pech. Andererseits aber war der nun gewählte Zeitpunkt auch wieder günstig, denn dass das Antisezessionsgesetz, Mitte März verabschiedet, im Taibeier Legislativ Yuan auch bei der Opposition auf Ablehnung gestoßen war und zu einer Solidarisierung der politischen Lager geführt hatte, konnte in Beijing nicht unbeachtet geblieben sein. Sogar von Chiang Pin-kun hatte man sich deswegen Vorhaltungen machen lassen müssen: Das Gesetz sei kontraproduktiv; man solle sich nur einmal in die Lage der Taiwaner versetzen, um zu verstehen, was man dort angesichts der Drohung mit „unfriedlichen Mitteln“ empfinde (CNAT, nach BBC PF, 31.3.05). Nun konnte man sich von der friedlichen Seite zeigen und der Welt beweisen, dass erstens jeder Konflikt an der Taiwan-Straße nur von den „Separatisten“ herrühre und dass zweitens die Androhung unfriedlicher Mittel laut Antisezessionsgesetz ja gar nicht zum Tragen komme, wenn man doch schon auf dem Wege zu einer politischen Lösung sei.

Reaktionen im Lager der „Grünen“, das Dilemma des Präsidenten und die Rolle der USA

Schon die Reise Chiang Pin-kuns stürzte die Regierungspartei in ein Dilemma, das sich mit der Reise Lien Chans noch verschärfte: Was wog schwerer: ein möglicher Landesverrat oder eine eventuelle Friedenschance? Anfangs gab es praktisch nur die folgenden zwei sich nicht ausschließenden Positionen:

1. Die Reisen bzw. die auf den Reisen erzielten Absprachen seien womöglich schlicht illegal, da sie gegen ein Gesetz verstießen, das es untersagt, ohne Autorisierung durch die Regierung Abkommen mit einer ausländischen

dischen Regierung zu unterzeichnen (TT, 1.4., 7.4.05; CNAT, nach BBC PF, 6.4., 7.4.05; FT, 7.4.05).

2. Selbst wenn die Reisen nicht geltendes Recht verletzten, seien sie doch politisch töricht vor allem vor dem Hintergrund des soeben in Beijing verabschiedeten Antisessionsgesetzes und verstießen daher massiv gegen Taiwans Interessen. Die Reisen verletzten Taiwans nationale Würde. Die KMT mache sich zum Werkzeug der Kommunisten und bilde mit ihnen eine antitaiwanische Einheitsfront (CNAT, nach BBC PF, 4.1.05).

Während die Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Reisen bzw. der dabei erzielten Absprachen sich offenbar nicht konkretisierten – entsprechende Vorstöße verliefen stets im Sande – war die Ablehnung der Besuche aus politischen Gründen zunächst einhellig und blieb es in den dezidiert unabhängigkeitsorientierten Kreisen der TSU und Teilen der DPP auch weiterhin. Wie vehement diese Ablehnung war, zeigte sich bei gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Anhängern beider politischer Lager bei der Abreise Lien Chans am Chiang-Kaishek-Flughafen (SCMP, 26.4.05).

Präsident Chen und Ministerpräsident Hsieh erkannten freilich, dass die Kritik an den Reisen (zunächst an derjenigen Chiang Pin-kuns) nichts an den Tatsachen änderte und vor allem, dass ihnen das Heft des Handelns aus der Hand zu gleiten drohte. Chen schlug daher schon Anfang April ein parteiübergreifendes Treffen vor, auf dem man sich über den Umgang mit China und die Rolle von nicht staatlich autorisierten politischen Besuchen verständigen solle (CNAT, nach BBC PF, 6.4.05). Auch vom Rat für Festlandsfragen kamen differenzierende Töne. So erklärte dessen Leiter Joseph Wu (Wu Zhaoxie), die Regierung wersetze sich nicht privaten Initiativen zur Förderung des Austausches und des gegenseitigen Verständnisses zwischen Taiwan und China (CNAT, nach BBC PF, 8.4.05). Die Regierungsspitze vertrat von da an die Auffassung, Lien Chan könne reisen, wohin er wolle, aber er dürfe nicht als Repräsentant Taiwans auftreten und keine Abkommen mit China schließen (TT, 16.4.05).

Der Regierungspartei DPP war dieser Standpunkt aber zu weich. Sie verfasste daher eine Liste von Verhaltensregeln, die praktisch von jedem taiwanischen Politiker, der in politischer Absicht nach China reiste, verlangte, die Grundpositionen der DPP zu vertreten (CNAT, nach BBC PF, 19.4.05; TT, 20.4.05). Die Regierung machte sich diese Liste nicht zu Eigen, wiederholte vielmehr ihre (vergebliche) Forderung nach konsensorientierten Gesprächen mit Oppositionsvertretern vor deren Abreise (CNAT, nach BBC PF, 19.4., 26.4.05).

Nach Beginn von Lien Chans Reise wuchs im „grünen“ Lager die Empörung über sein Auftreten. DPP-Vorsitzender Su Tseng-chang (Su Zhenchang) beispielsweise wiederholte den Vorwurf, Liens Reise verletze die Gefühle Taiwans, da er versäume, das Antisessionsgesetz anzusprechen (CNAT, nach BBC PF, 29.4.05; SCMP, 30.4.05).

Präsident Chen dagegen blieb in diesen Tagen auffällig still. Dann allerdings, als er am 1. Mai zu einer Reihe von Staatsbesuchen im Pazifikraum aufbrach, erklärte er,

Lien Chan habe sein Versprechen gehalten, und nichts unterzeichnet, was die Autorität der taiwanischen Regierung schmälere, auch respektiere er abweichende politische Positionen (CNAT, nach BBC PF, 1.5.05). Das gemeinsame Pressecommuniqué, das Hu Jintao und Lien Chan am Ende ihres Treffens unterzeichnet hatten, stelle kein Abkommen dar. Chens Äußerung löste einen Sturm der Entrüstung aus und sorgte für hektische Deutungsversuche bei seinen überraschten Weggenossen. Aus der DPP-Fraktion kam explizite Kritik, nicht minder von der TSU: Man fühle sich durch den Präsidenten im Regen stehen gelassen (SCMP, 3.5.05).

Hinter Chens überraschender Wende, Liens Reise nun auf einmal gutzuheißen, scheint die Rücksicht auf die USA gestanden zu haben, denn der Präsident erklärte sein Verhalten bald darauf mit dem Hinweis, als Staatsführer müsse er internationalen Bedenken Rechnung tragen. Die US-Regierung unterstützte die Reise Lien Chans, und ihr inoffizieller Vertreter hatte vor dessen Abreise auch mit Lien Gespräche geführt (TT, 23.4.05). Chen Shui-bian wurde später noch konkreter: Seine Bemühungen um Verständigung mit der Opposition habe das Vertrauen der USA in die DPP gestärkt (CNAT, nach BBC PF, 7.5.05).

Chen Shui-bian machte bei alledem keine gute Figur. Wie so oft in der Vergangenheit gelang es ihm nicht, aus seiner emotionalen Verbundenheit mit der DPP und ihren Idealen einerseits und dem politisch Möglichen oder Notwendigen andererseits eine kommunizierbare und in sich konsistente politische Linie zu formen. Mal versucht er es den einen, mal den anderen recht zu machen. Wenn er am Ende nicht zwischen allen Stühlen sitzt, so nur deswegen, weil er seinen Präsidentensessel und loyale Gefolgsleute hat.

Reaktionen der Medien und der Öffentlichkeit in Taiwan

Medien

Erwartungsgemäß differierte die Berichterstattung erheblich je nach politischer Grundüberzeugung des jeweiligen Presseorgans. Lien Chans Reise wurde vor allem von den Meinungsmachern des „blauen“ Lagers als „historisch“ gewürdigt. Laut der *China Times* habe eine Umfrage ergeben, dass über die Hälfte der Taiwaner Liens Reise als zur Friedenssicherung hilfreich erachteten (SCMP, 4.5.05).

Aus dem „grünen“ Lager wurde vor allem das Auftreten Lien Chans heftig kritisiert, der beispielsweise vor Studenten der Universität Beijing schlecht über die taiwanische Demokratie sprach und ihr Populismus vorwarf, statt sie, wie es sich gehört hätte, als nachahmenswertes Beispiel für China zu präsentieren (TT, 3.5.05). In der Tat war das öffentliche Auftreten Lien Chans von erstaunlich dürftigem Niveau und vermutlich ein Hauptgrund dafür, dass seine Reise weder in Taiwan das Chinabewusstsein stärken konnte (s. u.: Meinungsumfragen) noch dem „blauen“ Lager zu einem Stimmenzuwachs verhalf (s. u. „Wahl zur Nationalversammlung“).

Meinungsumfragen

Vor allem beim Besuch von Lien Chan, der in den Medien auch in Taiwan breiten Raum einnahm, schien es zeitweise, als verbreite sich in Taiwan so etwas wie ein Chinafieber. Nach dem Abklingen des Medienrummels allerdings blieb davon nichts übrig, wie eine Meinungsumfrage ergab, die drei bis fünf Tage nach der Rückkehr Lien Chans im Auftrag des Rats für Festlandsfragen (MAC) durchgeführt wurde. Demnach hatten sich die Ansichten in der Bevölkerung zu Taiwans Zukunft nur so geringfügig geändert, wie sie es zwischen den seit Jahren mit gleichem Wortlaut wiederholten Umfragen immer mal tun, auch wenn gar keine Ereignisfaktoren erkennbar sind. So blieb es hinsichtlich der grundsätzlichen Einstellungen beim Alten: 60% der Befragten befürworteten für Taiwan weiterhin den Status quo, 19,3% erklärten, sie seien pro Unabhängigkeit, 13,1% sprachen sich für eine Wiedervereinigung aus. Hinsichtlich der Frage, wie das Tempo der Verständigung zwischen Taiwan und China beurteilt werde, antworteten 40,2% mit „gerade richtig“, 25,7% mit „zu schnell“ und 18,9% mit „zu langsam“. Hier zeigt sich ein gewisses, allerdings nicht sonderlich bedeutsames Echo der Besuchsaktivitäten, wenn man die Zahlen mit denen der letzten Umfrage vom Dezember 2004 vergleicht: Damals hielten 35,8% das Tempo für gerade richtig, 19,1% für zu schnell und 25,2% für zu langsam (CNAT, nach BBC PF, 13.5.05).

Wie aber wurden überhaupt die Reisepläne beurteilt? Dazu wurde eine Umfrage bekannt, die vor Lien Chans Chinabesuch vom 21. bis 23. April durchgeführt worden war. Demnach billigten 45% der Befragten die Reise, 42% missbilligten sie. Auch die meisten Befürworter ließen jedoch eine skeptische Grundeinstellung erkennen, denn 71% aller Befragten hielten es für unangemessen, wenn Lien Chan in China Vereinbarungen ohne Autorisierung durch Präsident Chen Shui-bian trafe, und 64% waren der Ansicht, dass Lien Chan nicht das Volk von Taiwan vertrete. Selbst unter den Anhängern von KMT und PFP stimmten noch 40% dieser Auffassung zu. 66% aller Befragten sahen zudem beide Parteiführer in der Pflicht, vor Antritt der Reise Präsident Chen aufzusuchen; nur 24% hielten dies für unnötig.

Deutlich zeigte sich bei dieser Umfrage noch die Auswirkung des kurz zuvor verabschiedeten Antisezessionsgesetzes: 50% der Befragten fanden, dass die chinesische Regierung Taiwan feindlicher gesonnen sei als ein Jahr zuvor. Nur 20% waren gegenteiliger Ansicht. Auch waren die Erwartungen offenbar allgemein nicht hoch, dass die Besuche der Parteiführer maßgeblich zu einer Entspannung führen könnten, denn 39% sahen eine weitere Verschlechterung der Beziehungen voraus. Eine Verbesserung erwarteten dagegen nur 31% (CNAT, nach BBC PF, 25.4.05).

Wahl zur Nationalversammlung

Dass Taiwans Bevölkerung die Besuche eher skeptisch sah, zeigte sich auch am Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung. Wie der Dokumentation hinten in

diesem Heft zu entnehmen ist, erzielten die Parteien des Taiwanbewusstseins DPP und TSU mit 49,57% Stimmenteil fast die Hälfte aller Stimmen, während das „blaue“ Lager aus KMT und PFP es nur auf 45,03% der Stimmen brachte. Damit hatte sich das Kräfteverhältnis zwischen den Lagern seit der Wahl zum Legislativ Yuan vor einem knappen halben Jahr umgekehrt. Auch wenn es bei der Wahl der Nationalversammlung nicht um chinapolitische Fragen ging, war das Ergebnis für die „Blauen“ enttäuschend und für alle überraschend, hatte doch praktisch jeder damit gerechnet, dass sich die Chinaaktivitäten der Opposition günstig für sie auswirken würden. Das Wahlergebnis und die zuvor referierten Umfrageergebnisse laufen demnach aufs Gleiche hinaus: Die Taiwaner fanden die Reisen nicht unbedingt schlecht, halten sie aber für irrelevant und potenziell eher gefährlich, sodass man sich besser an die Regierung hält.

Unerwünschte Geschenke

Zum Abschluss des Lien-Chan-Besuchs hatte sich Beijing noch eine knuffige Gemeinheit für die Unabhängigkeitsbefürworter ausgedacht: Ein Paar süßer Riesenpandas, tierische Botschafter für die Liebe der Festländer zu ihren taiwanischen Landsleuten, die auf diese Weise allerdings nicht unbedingt geliebt werden wollen. Bis zum Monatsende blieb zudem unklar, wer überhaupt der Beschenke sein sollte; zudem sind zahlreiche praktische und finanzielle Fragen zu klären, was die Pflege der Tiere und damit ihre Überlebenschance in Taiwan angeht (TT, 2.6.05).

Das Pandaproblem – soll man die angebotenen Riesenpandas annehmen? – stellt sich nicht nur bei den Tieren. Die Regierung sagt: Geschenke nehmen wir nur, wenn damit keine politischen Verpflichtungen verbunden sind (CNAT, nach BBC PF, 3.5.05; SCMP, 4.5.05). Auf andere Wohltaten, Reiseerleichterungen zum Beispiel oder Einfuhrerleichterungen für taiwanische Waren, wie sie in der Zehn-Punkte-Vereinbarung enthalten sind, hat die taiwanische Regierung gar keinen Einfluss und kann sie daher auch nicht zurückweisen, und wieder andere, die noch kommen mögen, wird sie akzeptieren müssen, weil Taiwanesen oder die taiwanische Wirtschaft davon profitieren und es unpopulär wäre, sie zurückzuweisen – und sie wird obendrein noch der Opposition dafür dankbar zu sein haben, wenn sie nicht als schlechter Verlierer (oder Gewinner) dastehen will.

Besonders die Einfuhrerleichterungen für taiwanische Agrarprodukte bringt die Regierung bzw. die Regierungspartei DPP in eine missliche Lage: Von einem besseren Marktzugang auf dem Festland würde in Taiwan vor allem der agrarische Süden profitieren – also die politische Hochburg der Unabhängigkeitsbefürworter. Die müssten nun der Opposition dankbar sein für die Wohltat. Zudem fürchtet die Regierung, dass gerade ihre eigene politische Klientel zu sehr vom Festlandsmarkt abhängig wird, sodass sich ihr eigener chinapolitischer Spielraum gefährlich einengen könnte (TT, 18.5.05).

Die Spannungen zwischen beiden Seiten werden die Geschenke jedenfalls nicht mildern, denn dazu sind die Wohltaten entweder zu wenig substanziell oder (wie bei den Agrarimporten) zu stark den chinesischen Interessen verpflichtet – zum Schaden der taiwanischen Regierung und ihrer Anhänger. Wirkungsvolle, das heißt: entspannungseffektive „Panda-Diplomatie“ könnte Beijing nur mit Taipeh betreiben, aber das kommt für sie mit Chen Shui-bian nicht in Frage.

Die Folgen

Landesverräter oder Friedensengel?

Hat die Opposition Taiwans Interessen verraten, wie die Regierung in Taipeh und taiwannationalistische Kreise befürchteten? Dies hängt davon ab, wie man Taiwans Interessen definiert – und was weiterhin aus den Kontakten folgt. Wohlweislich haben sich die Parteien im Formalen ganz auf Kontakte von Partei zu Partei beschränkt und so vermieden, Präsident Chen allzu nahe zu treten (und sich selbst womöglich in Konflikt mit taiwanischen Gesetzen zu begeben). Ohne Not allerdings haben sie der chinesischen Regierung einen grandiosen Prestigegewinn verschafft, vor allem gegenüber der eigenen Bevölkerung, aber auch international, und das just in dem Moment, da Chinas Aggressionspotenzial gegenüber Taiwan international erstmals richtig wahrgenommen wurde. Andererseits brachten die Besuche insofern Hoffnung auf neue Bewegung im beiderseitigen Verhältnis, als sie überhaupt wieder einen direkten (wenn auch hinsichtlich der Teilnehmer stark eingeschränkten) Dialog zwischen beiden Seiten ermöglichen. Ließe sich auf diese Weise die herrschende Konfrontation wenigstens teilweise aufbrechen, wäre dies auch im wohlverstandenen taiwanischen Interesse. Die Besuche waren allerdings in dem Punkt nur ein Anfang, und entscheidend wird sein, was noch folgt. Zumindest haben sich KMT und KPCh auf eine Verstärkung ihres Dialogs verständigt (TT, 4.5.05).

Veränderungen in den Lagern

Wie tief ist die Kluft zwischen den Lagern nach den Reisen? Eins ist klar: Lien Chan und James Soong haben Verwirrung im Lager ihrer politischen Gegner gestiftet. Die gab es allerdings auch schon vor den Reisen, nämlich spätestens seitdem Präsident Chen bei einem Treffen mit James Soong seine Chinapolitik rejustiert hat. Im Zuge der neuen Linie hat Chen Shui-bian die Reisen seiner beiden Kontrahenten gutgeheißen – zum Zorn vieler „Grüner“, namentlich der TSU, aber zum Wohle einer Minderung der politischen Gegensätze. James Soong und Lien Chan haben Chens gemäßigte Haltung honoriert, indem sie vor ihren Reisen persönliche Gespräche mit dem Präsidenten führten (TT, 22.4.05; CNAT, nach BBC PF, 1.5.05). Das Ziel, die Kluft zwischen den Lagern zu vertiefen, hat Beijing daher womöglich doch nicht erreicht, auch wenn es einige Wochen im April so aussah. Eher zeichnet sich ab, dass

sich Teile beider Lager zur Mitte hin orientieren. Ein Indiz dafür liefern Spannungen innerhalb der Lager, sowohl zwischen TSU und DPP und zwischen KMT und PFP wie auch innerhalb der zwei großen Parteien (und innerhalb der PFP) selbst. Insbesondere der PFP droht nach den jüngsten zwei Wahlschlägen und der Aufregung um James Soongs Arrangement mit Präsident Chen die Spaltung und womöglich gar die Auflösung. Etliche ihrer Parlamentarier wollen die Partei verlassen (TT, 18.5.05). Die Chinabesuche sollten als Spaltfaktor daher nicht überbewertet werden.

Im Übrigen sollte man in Beijing nicht unterschätzen, dass die politischen Lager in Taiwan einander im Großen und Ganzen immer noch näher stehen als eines davon der KP-Führung. Gewiss betont das „blaue“ Lager die gemeinsamen chinesischen Wurzeln, aber schlankweg Taiwans Anschluss an die VR China anzustreben, und sei es in einem großzügig bemessenen Zeithorizont, käme wohl politischem Selbstmord gleich. Nicht zufällig versank die New Party, das einstige Sammelbecken der Befürworter einer baldigen Wiedervereinigung, mit den Jahren immer mehr in der Bedeutungslosigkeit. Während der profilschwache Lien Chan, dessen gestörtes Verhältnis zur Demokratie sich immer wieder peinlich Bahn bricht, mit seinen Äußerungen während seines Besuchs noch dazu taugen mochte, seine Zuhörer über die Unterschiede zwischen der Position seiner Partei und der seiner Gastgeber hinwegzutäuschen, war es bei James Soong anders: Der benutzte mehrfach Taiwans offiziellen Staatsnamen „Republik China“ und führte damit letztlich vor Augen, dass der angebliche Konsens vom „einen China“ eben doch einer mit ganz verschiedenen Auffassungen ist (CNAT, nach BBC PF, 8.5.05).

Zwei Seiten – ein China?

Im gemeinsamen Abschlusskommuniqué von Hu Jintao und James Soong taucht nach der Erwähnung des Ein-China-Konsenses von 1992 in Klammern eine neue Formel auf: „zwei Seiten der Taiwan-Straße – ein China“ (TT, 13.5.05). Bringt sie etwas Neues? Immerhin lässt sie die Handschrift des selbstbewussten James Soong erkennen: Wenn das eine China aus den beiden Seiten der Meerenge zwischen Taiwan und Fujian besteht, haben wir es mit zwei gleichwertigen Seiten zu tun, anders als bei der von Beijing vertretenen, in Taiwan von Regierung und Opposition aber gleichermaßen abgelehnten Formel „ein Land, zwei Systeme“: Sie vereinnahmt Taiwan von vornherein in das „eine“ Land, nämlich die VR China. Sollte Soong die neue Formel verstanden wissen wollen wie – beispielsweise – „viele Staaten, ein Europa“, würde man diese Deutung in Beijing jedoch entschieden ablehnen. Dort wird man auf jeden Fall am Alleinvertretungsanspruch für China inklusive Taiwan festhalten, einerlei, welche hübsche Formeln irgendwer noch erfinden mag. Dass man sich über die Taiwan-Straße hinweg von gleich zu gleich unterhalten wolle, verlautete in Beijing früher übrigens schon häufiger, änderte aber nichts daran, dass es ein wirkliches Von-gleich-zu-gleich mit dem Alleinvertretungsanspruch gar nicht geben kann.

Die neue Formel bringt daher nicht viel mehr als Augenscherelei und täuscht über die bestehenden Unterschiede im Verständnis des (angeblichen) Ein-China-Konsenses von 1992 nur hinweg (vgl. TT, 14.5.05).

Es erstaunt daher nicht, dass die Formel in Taiwan auch kaum weiter diskutiert wurde. Denkbar wäre allenfalls, dass sie später in der politischen Debatte noch einmal hervorgeholt, vielleicht auch neu belebt wird. Praktische Auswirkungen sind von ihr einstweilen nicht zu erwarten.

Blick in die nähere Zukunft

Zwei Szenarien sind jetzt denkbar:

1. Die Opposition kann für Taiwan substanzielle Zugeständnisse aushandeln. Dank dieser Erfolge gewinnt die KMT die nächsten Wahlen und übernimmt allein oder in einer Koalition mit der PFP die Regierung. Da sie den Ein-China-Konsens von 1992 zur Grundlage ihrer Chinapolitik macht, kann sie nun offizielle Verhandlungen mit Beijing aufnehmen.

2. Die Opposition desavouiert sich durch ihre Chinakontakte. Bei den nächsten Wahlen gewinnen die Unabhängigkeitsbefürworter die parlamentarische Mehrheit.

Was ist wahrscheinlicher? Im ersten Fall könnte es auch militärisch zu einer Entspannung und damit zu einer substanziellen Entschärfung des Konflikts an der Taiwan-Straße kommen – allerdings erst in vier Jahren. Im zweiten Fall wäre diese Option keineswegs ausgeschlossen, denn dann wäre die Politik der KP, das unabhängigkeitsorientierte Lager zu isolieren, gescheitert, und man könnte sich in Beijing überlegen, es einmal mit einem direkten Dialog mit der Regierungspartei zu probieren. Bei beiden Szenarien bliebe es auch auf absehbare Zeit beim Status quo. Auch die militärische Sicherheitslage würde sich für Taiwan nicht verbessern. Dass China die Bedrohung des Inselstaats schon jetzt – also in der Amtszeit der derzeitigen Regierung – reduzieren würde, ist nicht in Sicht. Wie ein KMT-Abgeordneter Mitte März verlauten ließ, wollte Lien Chan in Beijing China drängen, seine Raketen aus Fujian abziehen (CNAT, nach BBC PF, 18.4.05). Dass er sich in Beijing entsprechend äußerte, ist wahrscheinlich. Aber selbst wenn China mit der Aufrüstung in diesem Punkt aufhören oder gar wieder Raketen entfernen würde, bedeutete dies angesichts der weiteren chinesischen Rüstungsmodernisierungsprojekte noch keine nennenswerte Entspannung für Taiwan. Erst ein bilaterales Abkommen könnte hieran etwas ändern. Ein solches aber müsste nach chinesischem Verständnis Taiwans faktische Souveränität in der Weise einschränken, dass der Weg in eine formale Unabhängigkeitserklärung versperrt würde.

Only if there is no possibility that Taiwan is heading toward independence, can there be the effective avoidance of military conflict in the Taiwan Strait,

heißt es im Hu-Soong-Kommuniqué (TT, 13.5.05). Dass sich in Taiwan für eine derartige Beschneidung der eigenen Souveränität einmal eine Bevölkerungsmehrheit

aussprechen würde, ist aber nicht in Sicht und wird in Zukunft eher noch weniger wahrscheinlich, als es schon ist. Daher wird die VR China die militärische Bedrohung Taiwans auch nicht reduzieren – von denkbaren rein symbolischen Akten zur Unterstützung von Oppositionspolitikern auf Beijingreise einmal abgesehen.

Im Übrigen ist auch auf anderen Gebieten von Zugeständnissen Chinas an Taiwan (bzw. die taiwanische Opposition) einstweilen wenig zu erwarten. Es wird Entgegenkommen nur so weit geben, wie es die Regierung in Taipei in Bedrängnis bringt und die Ein-China-Doktrin als Leuchtfeuer eines gemeinsamen Nationalbewusstseins nach Taiwan hinein strahlen lässt. Dass daran auch die Opposition nichts ändern kann, zeigte sich schon im Mai, als einmal mehr Taiwans Antrag auf Beobachterstatus bei der WHO (bzw. bei deren Generalversammlung, der WHA) zur Entscheidung anstand: Ein von Hu Jintao gegenüber Lien Chan signalisiertes Entgegenkommen fand nicht nur nicht statt, sondern im Gegenteil wurde die Sache zuungunsten von Taiwans Status geregelt. (Siehe hierzu die Dokumentation hinten im Heft: „Taiwan und die WHO: der Tragödie neuester Akt“.) Günstiger mag es bei den Verkehrsbeziehungen aussehen, zumal man speziell im Charterflugverkehr an Präjudizien anknüpfen kann. Für eine Neubelebung der Feiertagsheimflüge allerdings standen die Aussichten auch ganz ohne Chinabesuche der Opposition recht günstig.

Hoffnungsfunken

Dennoch könnten die Reisen einen Schritt heraus aus der Sackgasse bedeuten, in die die Geschichte das Verhältnis zwischen Taiwan und China manövriert hat. Wenn die KPCh den begonnenen Dialog mit den Oppositionsparteien fortführt, kann dies zumindest auf Seiten der VR China auf längere Sicht bei manchen Fragen zu mehr Flexibilität im Denken und zu mehr Verständnis für die Mechanismen der taiwanischen Demokratie und die Empfindungen in Taiwans Bevölkerung führen. Aber auch die taiwanische Regierung und ihre Politik würden von einem fortgesetzten Dialog profitieren, sofern Präsident Chen, Ministerpräsident Hsieh oder maßgebliche Vertraute der Regierung oder der DPP mindestens informell über Gespräche auf dem Laufenden gehalten werden.

Ob es dazu kommt, ist derzeit nicht abzusehen. Alles wartet darauf, ob Lien Chan nicht doch noch einmal für den KMT-Vorsitz kandidiert. Erfolgt ein Wechsel, müsste auch der Dialog noch einmal neu beginnen. Beide Alternativen für die Nachfolge in der KMT-Leitung, Wang Jin-pyng (Wang Jinping) und Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu), werden jedoch gegenüber China aller Voraussicht nach mit mehr Selbstbewusstsein auftreten als Lien Chan, sowohl was das Taiwanbewusstsein, wie auch, was das demokratische Bewusstsein angeht. Schon jetzt scheint vor allem Ma auf der anderen Seite der Taiwan-Straße wenig beliebt zu sein: Ihm wurde im Januar sogar die Einreise nach Hongkong verwehrt (TT, 10.1.05).

Quellen

chinanews.com (2005), „Ju cheng Guomindang guihua Lian Zhan yao fangwen Dalu“ (Die Kuomintang soll einen Besuch Lian Zhans auf dem Festland planen), 21. Februar. Online: <http://www.chinanews.com.cn/news/2005/2005-02-21/26/541766.shtml> (Aufruf: 3.6.05)

Ai Ya (2005), „Ju cheng Guomindang guihua Lian Zhan yao fangwen Dalu“ (Die Kuomintang soll einen Besuch Lian Zhans auf dem Festland planen). Online: <http://china.qianlong.com/4352/2005/02/21/1040@2520170.htm> (Aufruf: 31.5.05)